

Sehr geehrter Bürgermeister Scholz, sehr geehrter Senator Grote,

sehr geehrter Herr Dressel, sehr geehrter Herr Tjarks, sehr geehrte Frau Schneider, sehr geehrte Frau Suding, sehr geehrter Herr Trepoll,

liebe Senatsvertreter, liebe Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft,

liebe Hamburger Parteiverbände,

zur Weihnachtszeit geht es in unseren christlich geprägten Ländern um Nächstenliebe. Der Dezember ist nicht nur der Monat des Schenkens, sondern auch der Monat, in dem alle Initiativen und Wohltätigkeitsvereine auf Spenden hoffen.

Auch Hamburg hat viel zu geben, als eine der reichsten Städte Deutschlands. Aber was tut Hamburg?

Es beteiligt sich an einer auf einer auf allen politischen Ebenen höchst umstrittenen Abschiebung von Menschen nach Afghanistan, in eine ungewisse Zukunft - in Kälte und Not, umgeben von Terror und Krieg.

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert. Trotzdem lag der Anteil abgelehnter Asylanträge Geflüchteter aus Afghanistan durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2016 ca. 17 % höher als noch im Jahr 2015. Dies wirft die Frage auf, ob das BAMF tatsächlich nach der Sicherheitslage vor Ort oder vielmehr nach politischem Willen der Bundesregierung bescheidet.

Hinzu kommt, dass Menschen, die mit der Aussicht auf den Erhalt einer Aufenthaltserlaubnis der Senatorenregelung ihren Asylantrag zurückgezogen haben und deshalb seit der Absetzung dieser von der Abschiebung bedroht sind. Dazu zählen Personen, die noch unter die Regelung gefallen sind, aber auch diejenigen, die die Voraussetzungen zur Erteilung dieser erfüllt haben, diese aber nicht mehr erhalten haben. Diese Menschen dürfen keinesfalls abgeschoben werden!

In Hamburg lebt die größte afghanische Community Europas, diese Menschen sind Teil unseres städtischen Lebens und beteiligen sich darüber hinaus an aktuellen Integrationsbemühungen. Sie sind Hamburgerinnen und Hamburger wie Du und ich. Welches Signal senden wir - als vermeintlich offenes und multikulturelles Hamburg - wenn wir Menschen in das viertgefährlichste Land der Welt (Global Peace Index) abschieben?

Deswegen: Stoppen Sie die Abschiebungen nach Afghanistan. Geben Sie unseren Mitmenschen afghanischer Herkunft eine Perspektive und nehmen Sie Ihnen ihre Angst, jederzeit abgeschoben werden zu können.

*Wir fordern:*

*Dass sich Hamburg zukünftig nicht mehr an Abschiebungen nach Afghanistan beteiligt.*

*Die Prüfung der Wiedereinführung der Senatorenregelung für Afghanen.*

*Den Erlass einer sofortigen Aussetzung der Abschiebung aus völkerrechtlichen und humanitären Gründen gem. § 60a I Aufenthaltsgesetz für 6 Monate, mit dem Bemühen um Verlängerung dieser in den nächsten Jahren.*

*Dass Hamburg sich gegenüber dem Bundesinnenminister für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 23 I Aufenthaltsgesetz einsetzt.*

*Dass der Hamburger Senat sich im Bundesrat dafür einsetzt, dass kein Widerruf der bisherigen Aufenthaltserlaubnis von Afghanen stattfindet.*

*Dass der Hamburger Senat sich im Bundesrat dafür einsetzt, dass allen Afghanen zumindest subsidiärer Schutz gewährt wird.*

*Eine langfristige Bleibeperspektive für alle Afghanen in Deutschland.*

Aus diesem Grund haben wir, das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI), gemeinsam mit anderen Organisationen aus Gesellschaft, Kirche und Wohlfahrt eine Petition gegen die Beteiligung Hamburgs an Abschiebungen nach Afghanistan gestartet. Wir fordern den Senat dazu auf, dem Anliegen der Petition umgehend nachzukommen. Außerdem rufen wir alle Parteiverbände und Abgeordneten der Hamburgischen Bürgerschaft dazu auf, die Petition zu unterstützen und sich in Zusammenarbeit für die Umsetzung dieser mit allen in ihrer Macht stehenden Mitteln einzusetzen.

Hamburg, den 22.12.2016

Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI)